

## **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

### **1.1 Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Große Kreisstadt Zschopau  
Postanschrift: Altmarkt 2  
Ort: Zschopau  
Postleitzahl: 09405  
Land: Deutschland

Kontaktstelle:  
Herr Andreas Bludau  
E-Mail: [a.bludau@zschopau.de](mailto:a.bludau@zschopau.de)  
Telefon: 03725/287125  
Internet-Adresse: [www.zschopau.de](http://www.zschopau.de)

### **1.2 Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang zur Verfügung unter: [www.evergabe.de](http://www.evergabe.de)

Die Vergabeunterlagen können unter der oben genannten Kontaktstelle auch schriftlich abgefordert werden.

Auskünfte erteilt die oben genannte Kontaktstelle.

### **1.3 Art des öffentlichen Auftraggebers**

Kommunalbehörde - Körperschaft des öffentlichen Rechts

### **1.4 Haupttätigkeit**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

## **Abschnitt II: Gegenstand**

### **2.1 Bezeichnung des Auftrags:**

Abschluss einer Rahmenvereinbarung über das Leasing von Dienstfahrrädern für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Zschopau

### **2.2 Art des Auftrags**

Dienstleistung, Leasing

### **2.3 Beschreibung der Beschaffung:**

Ziel ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung über das Leasing von Fahrrädern für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Zschopau. Die Stadtverwaltung Zschopau schätzt, dass ca. 10% der Beschäftigten der insgesamt ca. 250 Beschäftigten das Angebot eines Dienstfahrrad-Leasings in Anspruch nehmen werden. Die Höchstsumme für die jeweiligen Einzelverträge (Dienstfahrrad und

Zubehör in Summe) wird auf 7.000,00 EUR inkl. MwSt. festgelegt. Pro Beschäftigtem kann maximal ein Fahrrad geleast werden. Grundlage für das Dienstfahrrad-Leasing im öffentlichen Dienst ist der TV-Fahrradleasing.

## **2.4 Geschätzter Gesamtwert**

Rahmenvereinbarung mit daraus geschätzt resultierenden 25 Einzelverträgen zu jeweils maximal 7.000,00 EUR inkl. MwSt.

## **2.5 Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **2.6 Erfüllungsort**

Stadtverwaltung Zschopau, Altmarkt 2, 09405 Zschopau

## **2.7 Beschreibung der Beschaffung:**

Die Stadtverwaltung Zschopau (Arbeitgeber) strebt den Abschluss einer 24-monatigen Rahmenvereinbarung über das Leasing von Dienstfahrrädern für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Zschopau an. Leasingnehmer wird der Arbeitgeber der Beschäftigten, die Stadtverwaltung Zschopau, sein. Der Arbeitgeber schließt im Fortgang mit den Beschäftigten jeweils einen entsprechenden Überlassungs- und Nutzungsvertrag mit einer Laufzeit von 36 Monaten ab.

Das Angebot soll für alle der rund 250 Beschäftigten des Arbeitgebers gelten. Die Stadtverwaltung Zschopau legt Wert auf ein großes Netz an Fahrradhändlern in der näheren Region der Großen Kreisstadt Zschopau sowie umfassende Serviceleistungen. Das Projekt „Fahrradleasing in der Stadtverwaltung Zschopau“ soll einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Gesundheitsprävention bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung Zschopau auf Initiative des Arbeitgebers leisten.

Ziel ist es, den Beschäftigten ihr Wunsch-Fahrrad zu ermöglichen. Zur Gewährleistung der Attraktivität ist daher durch den Auftragnehmer ein umfangreiches Fahrradangebot bei mindestens 8 verschiedenen Fahrradfachhändlern bzw. Filialen im Zschopauer Stadtgebiet und/oder dessen Umkreis von 30 km Luftlinie sowie ggf. bei Online-Fachhändlern anzubieten. Dadurch wird sichergestellt, dass das Angebot für die Beschäftigten eine große Bandbreite unterschiedlicher Fahrradtypen (u.a. City-Bike, Mountain-Bike, Trekking-Bike, Rennrad, Gravelbike) und Fahrradmarken (mindestens 3) umfassen wird.

Die Beschäftigten der Stadtverwaltung Zschopau können auf Wunsch ein Fahrrad ohne und mit Motorunterstützung bis 25 km/h - sogenannte E-Bikes/Elektro-Fahrräder oder Pedelec (Pedal Electric Cycle - ohne Kennzeichen- und Versicherungspflicht) zur dienstlichen und privaten Nutzung, im Rahmen einer Dienstfahrrad-Überlassung, nutzen. Es sollen ausschließlich neue Fahrräder angeboten werden.

Das Leasingangebot muss sich auf Fahrräder mit einem Verkaufspreis bis maximal 7.000,00 EUR inkl. MwSt. (d.h. Gesamtpaket inklusive Fahrrad, Zubehör, Serviceleistungen wie Wartung und Versicherung) erstrecken. Der Auftragnehmer stellt zudem die Abwicklung der Bestell-, Rückgabe- und Schadenabwicklungsprozesse zur Verfügung. Die Beträge enthalten bereits die Umsatzsteuer und beziehen sich auf den tatsächlichen Gesamtpreis, der dem Beschäftigten durch den Fahrradhändler angeboten wird.

Voraussetzung für den Abschluss der Rahmenvereinbarung zwischen Leasinggeber (Auftragnehmer) und der Stadtverwaltung Zschopau (Leasingnehmer) bzw. der Einzel-Leasingverträge zwischen der Stadtverwaltung Zschopau und den einzelnen Beschäftigten (Fahrradnutzer) ist eine gültige Vollkaskoversicherung, unter Ausschluss eines Selbstbehaltes für den Leasingnehmer und den Fahrradnutzer. Diese Fahrradversicherung wird vom Auftragnehmer unter Einbeziehung einer Versicherungsgesellschaft gestellt und läuft während der gesamten Laufzeit der Einzel-Leasingverträge. Der Versicherungsschutz muss jeweils spätestens ab Gefahrübergang auf die Stadtverwaltung Zschopau und/oder den Fahrradnutzer bestehen. Die Vollkaskoversicherung muss die Übernahme aller Kosten für Reparatur und Ersatzteile, den Zeitwert des Leasingobjektes, Ersetzung durch ein gleichwertiges Fahrrad (der bisherige Leasingvertrag bleibt bestehen), Diebstahl, Einbruchdiebstahl oder Raub beinhalten. Des Weiteren muss es eine Mobilitätsgarantie, die sich über den gesamten Vertragszeitraum erstreckt, existieren. Diese muss die Übernahme der Rücktransportkosten von Fahrzeug und Fahrer vom Ausfallort zurück zum Startpunkt und die Übernahme der Fahrtkosten zum Erhalt der Mobilität während etwaig erforderlicher Reparaturen beinhalten. Die Höchstsumme hierfür wird auf jährlich mindestens 150 EUR festgelegt. Die Verwendung eines gesondert vorgeschriebenen Fahrradschlösses wird seitens des Auftragnehmers nicht gefordert.

Den Beschäftigten (Fahrradnutzer) wird durch den Auftragnehmer mit Beendigung des 36-monatigen Leasingvertrages das Dienstfahrrad angeboten. Der voraussichtliche Gebrauchtkaufpreis darf dabei nicht mehr als 15% des Bruttolistenpreises betragen.

Bei vorzeitigem Ausscheiden des Beschäftigten (Fahrradnutzer) beim Arbeitgeber (Leasingnehmer), jedoch nach einer mindestens 6-monatigen Leasingdauer, erfolgt die Rücknahme durch den Auftragnehmer.

## **2.8 Zuschlagskriterien**

Es finden die nachstehenden Kriterien Anwendung:

- Qualitätskriterium - Name: Konzept Bestellprozess und Serviceleistungen mit Gewichtung: 30%
- Kostenkriterium - Name: Preis mit Gewichtung: 70%

## **2.9 Geschätzter Wert**

Es wird davon ausgegangen, dass ca. 10% der insgesamt ca. 250 Beschäftigten ein Dienstfahrrad-Leasing-Angebot annehmen werden. Es ergeben sich somit geschätzte 25 Einzelverträge mit einem jeweiligen Maximalbetrag in Höhe von 7.000,00 EUR. Die Schätzung ergibt somit einen Gesamtmaximalbetrag in Höhe von 175.000,00 EUR brutto.

## **2.10 Laufzeit der Rahmenvereinbarung**

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja.

## **2.11 Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

## **2.12 Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### **3.1 Teilnahmebedingungen**

##### **3.1.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

3.1.1.1 Präqualifizierte Unternehmen können den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (sog. Präqualifikationsverzeichnis) oder über eine Zertifizierung, ergänzt durch geforderte auftragsbezogene Einzelnachweise, erbringen.

3.1.1.2) Nicht präqualifizierte Bieter haben dem Angebot in jedem Fall die folgenden Nachweise beizufügen:

a) Angaben des Bieters mittels Auszug (Kopie) aus dem Handelsregister bzw. Berufsregister, soweit das Unternehmen dort eingetragen ist, oder ein vergleichbarer Nachweis der Existenz des Unternehmens. Dieser Nachweis muss die aktuellen Verhältnisse bei Absendung des Angebots wiedergeben und darf nicht älter als 2 Monate vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Angebotes sein.

b) Vom Bieter erstellte Unternehmensbeschreibung, der für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereiche, der aktuellen Geschäftstätigkeit und der aktuellen Marktpositionierung. Der Bieter hat die Unternehmensbeschreibung als Anlage seinem Angebot beizufügen. Der Auftraggeber stellt für die Unternehmensbeschreibung keinen Vordruck zur Verfügung. Der Bieter hat die Unternehmensbeschreibung selbst zu erstellen und dem Angebot beizufügen.

c) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und ggf. zur Selbstreinigung/Zusicherung der Einhaltung von Ausführungsbedingungen.

d) Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung des Mindestlohnes.

##### **3.1.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Eigenerklärung des Bieters zur Betriebshaftpflichtversicherung (bestehende Haftpflichtversicherung).

b) Eigenerklärung des Bieters über den Gesamtumsatz seines Unternehmens sowie zusätzlich den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich, der Gegenstand dieser Vergabe, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

##### **3.1.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Gefordert wird ein Erfahrungsnachweis in Form einer vom Bieter gefertigten Referenzliste über mit dem Ausschreibungsgegenstand in Art und Umfang vergleichbaren, in den letzten höchstens 3 Jahren erbrachten Leistungen. Mindestanforderung hierbei ist, dass mindestens drei Referenzen über mit dem Ausschreibungsgegenstand in Art und Umfang vergleichbare, erbrachte Leistungen vorgelegt

werden. Ein Referenzauftrag wird nur dann als vergleichbar anerkannt, wenn das auftraggebende Unternehmen mindestens über 50 Mitarbeiter verfügt, von denen in der Auftragslaufzeit mindestens 10 % von dem Dienstfahrrad-Leasing-Angebot des Bieters Gebrauch gemacht haben.

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### **4.1 Verfahrensart**

Öffentliche Ausschreibung national

### **4.2 Angaben zur Rahmenvereinbarung**

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung (Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer).

### **4.3 Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 07.07.2021

Ortszeit: 12:00 Uhr

### **4.4 Sprache, in der Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

### **4.5 Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis zum 31.07.2021.

### **4.6 Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 08.07.2021

Ortszeit: 9:00 Uhr

Ort: Stadtverwaltung Zschopau

Elektronisch im Vergabeportal

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

### **5.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

### **5.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert. Die Zahlung erfolgt elektronisch.

### **5.3 Zusätzliche Angaben**

Als Reaktionszeit auf Bieteranfragen behält sich der Auftraggeber eine Zeitspanne bis zu 3 Werktagen vor. Fragen sollten bis maximal 3 Tage vor Angebotsende eingereicht werden. Später eingehende Fragen können unter Umständen nicht mehr beantwortet werden.  
Ein für die Vergabeunterlagen erhobener Betrag wird nicht erstattet.

## **5.4 Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

### **5.4.1 Für die Vergabe gemäß § 8 SächsVergabeG**

Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabevorschriften wenden kann:

Offizielle Bezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Altchemnitzer Straße 41

Ort: Chemnitz

Postleitzahl: 09120

Land: Deutschland

E-Mail: post@lds.sachsen.de

Telefon: 0371/532-0

Fax: 0371/532-1929

### **5.4.2 Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Absatz 1 GWB leitet die zuständige Stelle ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen die Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen die Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen den Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung bzw. zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, eine Rüge nicht abhelfen zu wollen vergangen sind.

§ 134 Absatz 1 GWB bleibt unberührt.

## **5.5 Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 22.06.2021**